



Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie

45. Sitzung (öffentlich)

4. März 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:40 Uhr

Vorsitz: Annegret Krauskopf (SPD)

Stenograf: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
Vor Eintritt in die Tagesordnung	1
1 Duales Ausbildungssystem für junge, geduldete Ausländer öffnen	1
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 13/4161	
Der Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 13/4161, wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU gegen das Votum der FDP-Fraktion abgelehnt.	
2 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen	3
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 13/4559 Vorlage 13/2679	
Der Gesetzentwurf der FDP-Fraktion, Drucksache 13/4559, wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU gegen das Votum der FDP-Fraktion abgelehnt.	

3 Erstes Gesetz zur Befristung des Landesrechts Nordrhein-Westfalen 4

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4868

Der Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 13/4868, wird nach kurzen Stellungnahmen aus den Fraktionen und seitens der Landesregierung einstimmig angenommen.

4 "Zukunft der Horte in Nordrhein-Westfalen" 5

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Staatssekretär Dr. Schulz-Vanheyden entgegen, dem sich eine Aussprache anschließt. - Der Staatssekretär sagt die schriftliche Beantwortung von in der Sitzung nicht geklärten Fragen zu.

5 Kinder und Jugendliche an der Politik beteiligen - Beteiligungsrechte auf kommunaler Ebene in die Tat umsetzen 14

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksachen 13/2151 und 13/2761

Der Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 13/2151, wird mit der Stimme der FDP-Fraktion gegen das Votum von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU abgelehnt.

Der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen, Drucksache 13/5118, wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der CDU-Fraktion bei Enthaltung durch die FDP-Fraktion angenommen.

6 Qualitätsoffensive Elementarpädagogik - Optimale Bedingungen für die Förderung unserer Kinder schaffen 14

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksachen 13/2293 und 13/2760

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Beschlussfassung über den Antrag der FDP-Fraktion auszusetzen und zunächst die Ergebnisse einer für den 24. Juni 2004 anberaumten Anhörung abzuwarten.

7 Institutionalisierte Sprachförderung in nordrhein-westfälischen Kindertageseinrichtungen 15

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2724

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP abgelehnt.

8 Verschiedenes

- a) **Informationsreise des Ausschusses nach München/Nürnberg**
- b) **Entdeckung eines nicht genehmigten Schülerwohnheims des VIKZ in Wuppertal**
- c) **"Horte"**

Siehe Seiten 15 bis 17 des Diskussionsteils

Dr. Daniel Sodenkamp (FDP) widerspricht der Einlassung des Abgeordneten Bernd Flessenkemper, die FDP-Fraktion habe bei ihrem Antrag lediglich einen bevorstehenden Wahltermin im Auge. - Die Landesverfassung in ihrer bisherigen Ausformulierung falle stellenweise ebenfalls schwammig aus. Beispielhaft erwähnt sei Artikel 29 a. - Dem wolle seine Fraktion durch konkrete Formulierungen abhelfen und den Landtag beispielsweise dazu verpflichten, finanzpolitische Prognoseinstrumente einzusetzen.

Der **Gesetzentwurf der FDP-Fraktion**, Drucksache 13/4559, wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU gegen das Votum der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

3 Erstes Gesetz zur Befristung des Landesrechts Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4868

Vorlage 13/2653

Ausschussvorsitzende Annegret Krauskopf führt aus, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei nach seiner ersten Lesung zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform sowie zur Mitberatung an alle anderen Fachausschüsse überwiesen worden. Der Vorlage 13/2653 könne der Ausschuss entnehmen, dass der federführende Innenausschuss die mitberatenden Ausschüsse gebeten habe, ihre Beratungen bis spätestens Ende April abzuschließen. Den Abschluss im hiesigen Fachausschuss habe sie bereits für heute vorgesehen.

Dr. Daniel Sodenkamp (FDP) erinnert der aktuell vorgelegte Gesetzentwurf der Landesregierung an ein von seiner Fraktion schon im Mai 2001 eingebrachtes Anliegen. Auch vor diesem Hintergrund sei der Gesetzentwurf aus Sicht der FDP-Fraktion zustimmungsfähig.

Thomas Mahlberg (CDU) befürwortet namens der CDU-Fraktion den Gesetzentwurf, der die Möglichkeit eröffne, wirksam gegen Überregulierung anzugehen.

Ute Koczy (GRÜNE) legt dar, auch die anderen Fraktionen - nicht nur die FDP - seien in der Vergangenheit bereits initiativ gewesen. Der Gesetzentwurf finde die Zustimmung ihrer Fraktion.

Bernd Flessenkemper (SPD) weist darauf hin, dass im ersten Korb des Gesetzesvollzugs keine Anliegen im Zuständigkeitsbereich des hiesigen Ausschusses betroffen seien. Sobald dies der Fall werde, solle sich der KJF-Ausschuss erneut mit dem Gesetz befassen.

Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie
45. Sitzung (öffentlich)

04.03.2004
sl-be

Staatssekretär Dr. Schulz-Vanheyden bestätigt den Hinweis des Abgeordneten Flesenkemper zum ersten Korb. Dort behandelt würden Gesetze aus den Jahren 1945 bis 1966. Gesetze und Verordnungen, die das Arbeitsfeld des hiesigen Ausschusses betreffen, gebe es dort nicht.

Der **Gesetzentwurf der Landesregierung**, Drucksache 13/4868, wird **einstimmig angenommen**.

4 "Zukunft der Horte in Nordrhein-Westfalen"

Ausschussvorsitzende Annegret Krauskopf teilt mit, mit Schreiben vom 12. Februar 2004 habe die CDU-Fraktion um einen Bericht des MSJK gebeten. Dem komme das Haus jetzt nach.

Staatssekretär Dr. Schulz-Vanheyden weist zunächst darauf hin, dass Ministerin Ute Schäfer heute an der Kultusministerkonferenz teilnehme und dem Ausschuss deshalb nicht zur Verfügung stehen könne. Sodann erstattet er dem Ausschuss einen Sachstandsbericht:

Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Wir sind uns alle darüber einig, dass der Bedarf an verlässlicher Betreuung unserer Grundschulkinder mit den im Bereich der Jugendhilfe vorgehaltenen rund 30.000 Plätzen in Hortgruppen nicht gedeckt werden kann.

Wir hören von Kommunen und freien Trägern, dass sie ihrerseits an einen Ausbau dieses Angebots nicht denken. Deshalb will die Landesregierung bis zum Jahre 2007 insgesamt 200.000 Plätze in Offenen Ganztagsgrundschulen schaffen, in denen dann 25 % der Grundschulkinder ein verlässliches Betreuungsangebot finden.

Der Start der Offenen Ganztagsgrundschule in diesem laufenden Schuljahr ist heißungsvoll: Es gibt 235 Offene Ganztagsgrundschulen in 77 Gemeinden mit rund 12.000 Schülerinnen und Schülern.

Wir haben Kooperationsvereinbarungen über die Betreuungsangebote abgeschlossen mit dem Landessportbund, dem Landesmusikrat und dem Landesverband der Musikschulen. In der letzten Woche hat die Ministerin die Kooperationsvereinbarung mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege unterschrieben. Das sind jedes Mal recht komplexe Verhandlungen, weil sehr, sehr unterschiedliche Partnerinnen und Partner zusammenkommen. Mit den beiden Kirchen stehen wir in Verhandlungen, ebenfalls eine solche Rahmenvereinbarung abzuschließen.

Dies alles sind klare Anzeichen dafür, dass wir mit der Offenen Ganztagsgrundschule auf dem richtigen Weg sind. Ich nehme die Diskussion im Land so wahr, dass dort, wo - aus welchen Gründen auch immer - noch "gemauert" wird, die Eltern gehörigen Druck machen. Denn für Eltern und Kinder bringt die Offene Ganz-